

Generalsynode sieht Recht auf Asyl in Österreich gefährdet

Stellungnahme zur Asylpolitik in Österreich

Gremium	Generalsynode der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in Österreich
Funktionsperiode	XII. Generalsynode
Session	3. Session
Beschlussdatum	29. Oktober 2003
ABl. Nr.	---

Die Generalsynode der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in Österreich ist äußerst besorgt über die Situation von Asylwerberinnen und Asylwerbern in unserem Land und protestiert gegen die neuen gesetzlichen Regelungen in diesem Bereich. Die Situation der Betroffenen ist rechtlich unbefriedigend geregelt, menschlich beklemmend, moralisch empörend und auch international nicht zu verantworten: Menschen werden in die Illegalität getrieben und damit die Unsicherheit erhöht. Sowohl das neue Asylgesetz als auch die Novellierung des Bundesbetreuungsgesetzes geben Anlass zu weit reichender Kritik. Dass diese Gesetze zur Genfer Konvention und zu österreichischem Recht in Konflikt stehen, haben mittlerweile UNHCR und unabhängige Rechtsexperten festgestellt. Sie stellen u.a. den Versuch dar, vom Obersten Gerichtshof erkanntes Unrecht im Nachhinein zu legitimieren. Abzulehnen ist das Neuerungsverbot im Asylverfahren und die Zulässigkeit der Abschiebung im laufenden Verfahren.

Die Evangelischen Kirchen appellieren an Bund und Länder, bis zum 1. Dezember 2003 ihrer Verantwortung durch den Abschluss einer Vereinbarung zur Grundversorgung der Schutzsuchenden gerecht zu werden. Die Folge fehlender Vereinbarungen wären unverstörte Asylwerber und Asylwerberinnen, die im Winter auf der Straße stehen.

Diakonie ist ein unverzichtbarer Auftrag der Kirche, deshalb teilen wir deren Kritik an der derzeit geübten Praxis. Wir unterstützen die Arbeit der Diakonie Österreich und der anderen Hilfsorganisationen wie Caritas, Volkshilfe und Rotes Kreuz.

Die Evangelischen Kirchen treten im Auftrag des Evangeliums von Jesus Christus für eine Kultur der Barmherzigkeit und Nächstenliebe ein. Deshalb wenden sie sich entschieden gegen eine Politik der Menschenverachtung und Unbarmherzigkeit gegenüber asylsuchenden Menschen und fordern die politisch Verantwortlichen auf, gerade denen Recht und Menschlichkeit entgegenzubringen, die hilfeschend vor unseren Türen stehen.

